

ALS «CHAMBRE DE RÉFLEXION» DARF MAN DIE KLEINE KAMMER NACH WIE VOR BEZEICHNEN: DIE BEHANDLUNG POLITISCHER VORLAGEN GESTALTET SICH IM STÄNDERAT SACHLICHER, REFLEKTIERTER UND WENIGER PARTEIPOLITISCH ALS IM NATIONALRAT. DER TON IST GEMÄSSIGT, MAN HÖRT EINANDER ZU, GEHT AUF EINANDER EIN, DEBATTIERT RESPEKTVOLL. AN DIESER SEIT JE GEPFLEGTEN POLITISCHEN KULTUR DES STÄNDERATS HAT SICH KAUM ETWAS VERÄNDERT. PASCALE BRUDERER WYSS

Bilder: David Zehnder



EDITORIAL

Geschenkt wird nichts

Fast gleich alt waren sie, als sie in den Nationalrat einzogen. Nahezu gleich alt auch, als sie ihr Studium abschlossen. Beide kennt man in der ganzen Schweiz. Beide wohnen sie (noch) in der Region Baden. Sie wurde mit 34 Mutter, er wird mit 29 Vater. Verheiratet miteinander waren und sind sie nicht. Doch sie sind in der gleichen Partei. Unserer Partei, der SP Aargau. Pascale Bruderer und Cédric Wermuth. Keine politischen Zwillinge zwar – Pascale ist Pascale und Cédric ist Cédric. Doch beide machen sie Politik auf der Basis unserer gemeinsamen sozialdemokratischen Grundwerte: Freiheit – Gleichheit – Solidarität – Soziale Sicherheit – Offenheit – Toleranz. Für alle, nicht für wenige. Cédric Wermuth tritt zusammen mit Yvonne Feri und Max Chopard-Acklin sowie 13 weiteren Kandidierenden aus dem ganzen Kanton wieder für die Wahl in den Nationalrat an. Und mit Pascale Bruderer ist nicht nur die SP Aargau im Ständerat vertreten, sondern der ganze Kanton. Pascale Bruderer ist als Ständerätin ein Geschenk für unsere Partei. Doch Pascale wird im Herbst 2015 nichts geschenkt. Pascale muss Ständerätin für den Aargau bleiben. Gewählt im ersten Wahlgang. Dafür kämpfen wir alle gemeinsam. Die Wahlen am 18. Oktober gewinnt, wer am besten mobilisiert. Und deshalb kommt es nicht nur auf die 17 Kandidatinnen und Kandidaten, sondern auf uns alle an. Pascale,

Cédric, Yvonne, Max und alle anderen Kandidierenden können auf uns zählen. Ab sofort.

Urs Hofmann von Aarau ist SP-Regierungsrat und 2015 Landammann des Kantons Aargau.



EIDGENÖSSISCHE WAHLEN 2015

LINKS AG

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
151 · Ausgabe AG · Januar 2015



Progressiver Ständerat dank starker SP!

Vorlagen wieder auf Kurs bringen

Die Resultate der ständerätlichen Beratung hingegen haben im Laufe des letzten Jahrzehnts eine neue Ausprägung erhalten. Hatte der Ständerat früher vielen Gesetzen einen eher reaktionären Stempel verpasst, so bringt er heute nicht selten progressive Elemente ein und Vorlagen wieder auf Kurs, die im Nationalrat auf rechtsbürgerliche Abwege geraten sind.

Ein eindrückliches Beispiel dafür ist das Asylgesetz, mit dessen Revision der Nationalrat die Sozialhilfe für Flüchtlinge streichen und auf Nothilfe reduzieren wollte. Dem Ständerat gelang es in mehreren Differenzbereinigungsrunden, diesen Kahlschlag zu verhindern und eine differenziertere Neuregelung einzuführen. Dies war nur möglich, weil sich vernünftige

Politikerinnen und Politiker der bürgerlichen Mitte von den Vorgaben ihrer Fraktion distanzieren und eigenständig stimmten. Dennoch bleibt kein Zweifel: Ohne eine starke SP-Präsenz im Ständerat wäre dieser spätestens im Laufe der Differenzbereinigung eingeknickt und dem Nationalrat gefolgt.

Mehr SP-Mitglieder im eidgenössischen Parlament!

Stellte die SP 1991 gerade mal drei Ständeratsmitglieder, waren es 1995 bereits 5 Sitze; seit den vergangenen Wahlen von 2011 besteht unsere SP-Gruppe in der kleinen Kammer aus 11 Mitgliedern, die zusätzlich eng mit den beiden grünen Ständeräten zusammenarbeiten.

Schlimmeres verhindern wie im erwähnten Beispiel in der Asylpolitik – das ist das Eine. Besser wäre es natürlich, wir

könnten aktiv Fortschritte initiieren. Dazu braucht es aber einen weiteren Zugewinn im Ständerat wie im Nationalrat. Mit der Energiestrategie, der Vorsorgereform und der Neustrukturierung des Asylwesens stehen Vorlagen an, in denen es stärker denn je auf die SP ankommt.

Unser kantonaler Parteitag vom 12. Januar 2015 hat deutlich gemacht, dass die SP Aargau mit ihren Kandidierenden topmotiviert und mit geeinten Kräften ins Wahljahr steigt, um für eine soziale, offene und ökologische Schweiz zu kämpfen. Und um uns mit Herzblut einzusetzen: Für alle statt für wenige.

Pascale Bruderer Wyss von Nussbaumen ist Aargauer SP-Ständerätin und kandidiert im Oktober erneut für die kleine Kammer.

NATIONALRATSWAHLEN 2015

Unsere Kandidatinnen und Kandidaten



CÉDRIC WERMUTH

Für Freiheit und Menschenrechte!

Die bürgerliche Mehrheit hat in Bern einen Frontalangriff auf die Grundprinzipien der Demokratie gestartet, auf die Freiheit und die Menschenrechte. Unter dem Druck der SVP wird heftig an der Umverteilung von unten nach oben und an der Hetze gegen Arbeitslose, Sozialhilfebezügler, Muslime, Ausländer und Behinderte gearbeitet. Dem müssen wir ein starkes, sozialdemokratisches Freiheitsprogramm entgegenhalten: Für sichere Renten und anständige Löhne, damit niemand um seine Existenz fürchten muss. Für ein Ende der Bankenherrschaft und echte Wirtschaftsdemokratie, damit die Menschen wieder bestimmen, was mit ihnen geschieht, und nicht die Wirtschaft. Für ein Asylrecht, das Asyl gewährt und nicht Asylbewerber_innen abwehrt. Für einen starken Rechtsstaat, der die Demokratie nicht mit der Diktatur der Mehrheit verwechselt. Für eine Gesetzgebung, die endlich die Gleichheit von Mann und Frau in Familie und Beruf durchsetzt. Für eine Gesellschaft, die allen Menschen gleiche Rechte gewährt. Für eine Wirtschaft, die mit der Energiewende Arbeitsplätze schafft – und nicht mit dem Bankgeheimnis, skrupellosen Rohstofffirmen und Nahrungsmittelspekulation.

Cédric Wermuth, 29, Nationalrat, Co-Präsident der SP Aargau und der SP International, Stiftungsrat Solifonds, Unia, VPOD, VCS, Greenpeace, Solidar, KAIB, Naturfreunde, Netzwerk Asyl, NWA, Solidarité sans frontières, Amnesty International, Paraplegikerstiftung, Pro Velo, Robert-Grimm-Gesellschaft, MieterInnenverband Aargau, Arbeiterstrandbad Tennwil, bisher.



YVONNE FERİ

Werte verteidigen

Auf drei Jahre Einsatz für Menschenwürde, Nachhaltigkeit und Bildung darf ich zurückblicken. Mit dazu gewonnenen Erfahrungen stelle ich mich zur Wiederwahl und setze einen weiteren Schwerpunkt: Gemäss unserer Bundesverfassung stehe ich für eine Schweiz, in der alle, unabhängig von Geschlecht, Religion oder Herkunft, die gleichen Chancen haben und sich entfalten können. In einer fairen, sozialen und zukunftsfähigen Schweiz gilt es Diskriminierungen aller Art, rassistischem Gedankengut oder einer Zweiklassengesellschaft den Riegel zu schieben. Ob alleinerziehende Mütter, Familien mit Migrationshintergrund oder Jugendliche aus bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen: Alle sollen mit ihren Talenten und Qualitäten als respektierte und gefragte Mitwirkende im Erfolgsmodell Schweiz wahrgenommen und unterstützt werden. Hartnäckig, doch stets partnerschaftlich will ich diese Ziele verfolgen. Ich will mich an vorderster Front weiterhin verantwortungsbewusst und im Interesse der Menschenwürde einbringen. Werte wie Solidarität und Gleichheit, internationale Abkommen wie die Menschenrechtskonvention sind in einer sich derart stark verändernden Welt wichtiger denn je. Für alle statt für wenige.

Yvonne Feri, 49, Wettingen, Gemeinderätin, Präsidentin SP Frauen Schweiz, kv, alv, EvB, Denknetz, Amnesty International, wwf, VCS, Schweizerischer Verband alleinerziehender Mütter und Väter (SVMV), Verein für soziale Gerechtigkeit, Terre des femmes, bisher.



MAX CHOPARD-ACKLIN

Zukunftsgerichtete Politik ist sozial und ökologisch

Die SP ist für mich die Partei für soziale Gerechtigkeit und ökologische Vernunft. Die SP steht für faire Löhne und Chancengleichheit für alle in Ausbildung, Beruf und Alltag. Die SP engagiert sich für eine gesunde Umwelt und für die Energiewende. Und: Wir in der SP stehen für eine solidarische und weltoffene Schweiz ein. Das alles sind Werte, die ich teile und für die ich mich engagiere.

Zukunftsgerichtete Politik ist sozial: Das Erfolgsmodell Schweiz heisst Ausgleich und nicht Ausgrenzung. Es braucht den Ausgleich zwischen den Landesteilen und zwischen den Generationen, zwischen Arm und Reich und zwischen Gesunden und Kranken. Diesem Ausgleich müssen wir weiterhin Sorge tragen. Denn dieser Ausgleich ist ein wichtiger Grundpfeiler unserer Lebensgemeinschaft.

Zukunftsgerichtete Politik ist ökologisch: Wir müssen weg von der risikobelasteten Atomschweiz und hin zur erneuerbar orientierten Schweiz. Mit Investitionen in die Energieeffizienz und der Förderung einheimischer erneuerbarer Energien wie Wasser, Wind, Sonne, Holz und Biogas können wir den Atomausstieg bewältigen und die CO₂-Belastung senken.

Gerne stehe ich weiterhin dafür ein.

Max Chopard-Acklin, 48, Nussbaumen, Projektleiter Umwelt Arena, Unia, VPOD, KV, Vorstand AGB, Naturfreunde, Kein Atommüll im Bözberg KAIB, Schweiz. Vereinigung für Sonnenenergie, Vereinigung pro Wasserschloss, Solarlobby Siggenthal, Präsident Jugendlobby Siggenthal, bisher.

DIE SP AARGAU HAT AM PARTEITAG VOM 10. JANUAR 2015 NEUN KANDIDATINNEN UND SIEBEN KANDIDATEN FÜR DIE NATIONALRATSWAHLEN VOM 18. OKTOBER 2015 NOMINIERT, EINE/N MEHR ALS 2011 - DER KANTON AARGAU HAT NEU EINEN ZUSÄTZLICHEN NATIONALRATSSITZ. DIE SP PRÄSENTIERT WIEDER EINE LISTE, AUF DER DIE VERSCHIEDENEN ALTERSGRUPPEN, BERUFE, REGIONEN, INTERESSEN UND ENGAGEMENTS PROMINENT VERTRETEN SIND. AUF DEN FOLGENDEN SEITEN STELLEN SICH UNSERE KANDIDATINNEN UND KANDIDATEN IN DER REIHENFOLGE VOR, IN DER SIE AUF DER LISTE FIGURIEREN.

**MARTIN KILLIAS**

Für eine gerechtere Schweiz und Welt

Mein Einstieg in die Berufspraxis war schwierig, in Graubünden auch aus politischen Gründen. So kam ich per Stipendium in die USA. Nach drei Semestern kam ein Angebot aus Lausanne, dort blieb ich 25 Jahre an der Uni und als nebenamtlicher Richter am Bundesgericht. Von 2006 bis 2013 arbeitete ich an der Uni Zürich und heute bin ich an der Uni St. Gallen tätig.

Seit 1974 bin ich in der SP, seit 2006 in Lenzburg. In drei Kantonen war ich aktiv, 1977-80 in Schwamendingen und seit 2011 in Lenzburg als Präsident. Ich kenne alle Regionen und spreche die vier Landessprachen. Länger war ich in Holland, Amerika, Kanada und Italien tätig, neuerdings auch in Indonesien und China. Ich habe die europäische Kriminalstatistik und mehrere europaweite Forschungsprojekte, eine europäische Gesellschaft und zwei Zeitschriften lanciert und im Europarat mitgeholfen, den Kontinent näher zusammenzuführen. Auch Drittweltfragen sind mir wichtig. Die Welt, die Schweiz – auch das Recht und das Strafrecht – müssen gerechter werden. Meine Prioritäten: Salär-exzesse, Tieflohne, die Erbschaftssteuer, die Diskriminierung ab 50 auf dem Arbeitsmarkt und die Lebens- und Umweltqualität im Nahraum (für alle statt für wenige).

Martin Killias, 67, Hochschullehrer, Mitglied Pro Natura, Schweizer Heimatschutz, Alpeninitiative, Quarta Lingua, Einwohnerrat (seit 2013), Mitglied der ref. Kirchenpflege (2009 – 14).

**VIVIANE HÖSLI**

Eine Stimme für die Chancengleichheit

Neue Familienmodelle erfordern neue Möglichkeiten in der Arbeitswelt: Elternurlaub, die Möglichkeit der Teilzeitarbeit für Väter und Mütter, externe Kinderbetreuungsplätze und eine gemeinsame elterliche Kinderbetreuung. Als Mutter mitten im Berufsleben kann ich diese Anliegen glaubwürdig vertreten und mich nahe an der Realität dafür einsetzen.

Ich möchte als Politikerin eine Vertretung für alle diejenigen sein, die mit wenig Geld auskommen müssen. Viele Entscheide, die in der Politik gefällt werden, beweisen, dass diese Lebensrealität vielfach vergessen geht. Es wird oft ausgeblendet, dass es Menschen gibt, die ihre Krankenkassenprämien fast nicht bezahlen können oder die eine Familie mit einem Lohn unter dem Existenzminimum ernähren müssen. Die Mehrheit der armutsbetroffenen Menschen in der Schweiz sind Frauen und Kinder. Für sie gibt es keine Chancengleichheit in unserer Gesellschaft. Wegen geringerer Löhne und der von ihnen gratis geleisteten Care-Arbeit sind Frauen auch bei den Sozialversicherungen bis zum Lebensende finanziell benachteiligt. Es ist mir wichtig, dass wir als sozialdemokratische Partei armutsbetroffenen Menschen eine Stimme geben. Hier will ich mich einsetzen.

Viviane Hösl, 31, Zofingen, Gewerkschaftssekretärin beim Aargauischen Gewerkschaftsbund AGB, Präsidentin SP Frauen Aargau, Vize-Präsidentin Syndicom, NWA, WWF, Grossrätin.

**JÜRIG KNUCHEL**

Es braucht den Ausgleich

Fragen der sozialen Gerechtigkeit und der Ausgestaltung unseres Gesundheitswesens für alle statt für wenige haben eine eminent wichtige gesellschaftspolitische Bedeutung und liegen mir, zusammen mit einem qualitativ hervorragenden Service public, ganz besonders am Herzen. Die Herausforderungen der Zukunft erfordern einen Ausgleich zwischen Arm und Reich, Alt und Jung, Ortsansässigen und MigrantInnen, Hilfe Suchenden und Hilfe Leistenden. Ohne diesen Ausgleich werden wir alle zu den Verlierern gehören. Hier hat unser Staatswesen zukünftig enorme Herausforderungen zu bewältigen und braucht entsprechende Ressourcen.

Dies zeigt sich am Beispiel unserer hervorragenden Gesundheitsversorgung, die weltweit eine führende Position einnimmt. Die Entwicklung von neuen und sehr teuren Geräten und Medikamenten verläuft heute derart rasch, dass die Kosten explosionsartig ansteigen, vielfach ohne entsprechenden Nutzen. Hier besteht dringender, am Gemeinwohl und nicht an Partikularinteressen ausgerichteter Korrekturbedarf, der nur auf staatlicher Ebene gewährleistet werden kann. Andernfalls drohen Zweiklassenmedizin und die Rationierung medizinischer Leistungen. Das müssen wir um jeden Preis verhindern!

Jürg Knuchel, 55, Aarau, Leitender Arzt am KSA, VPOD, pro Natura, pro Argovia, Aarauer Gesundheitsstadt, NWA, KAAZ, FMH, AAV und weitere ärztliche Organisationen, Lions Club, Grossrat.



COLETTE BASLER

Für Lehrer_innen und Bauern!

Als Lehrerin und Bäuerin geht es mir um Solidarität mit den Schwächsten: den Milchkühen. Sie werden bis zum letzten Tropfen ausgemolken. Eine dieser Milchkühe ist zweifellos die Bildung, die es braucht, damit in unserem Land Milch und Honig fliessen. Damit Milch fliesst, müssen aber die Kühe gefüttert und der Mist muss geführt werden. Das gilt für die Landwirtschaft und für die Bildung. Wir sind uns einig, dass die Bildung als Grundpfeiler der Schweiz staatlich alimentiert werden muss. Zudem bekennen wir uns zu ökologischer, tiergerechter Landwirtschaft und zu regionalen Produkten.

Umsonst gibts das nicht. Kürzungen der Direktzahlungen haben für die Landwirtschaft ähnliche Auswirkungen wie Bildungskürzungen für die Schule: Es trifft die Schwächsten.

Nachhaltig produzierende Bauern verdienen nichts an der Milch; zu wenig geförderte Real-Schüler_innen finden keinen Arbeitsplatz. Werden als Folge ausländische Lebensmittel oder Arbeitskräfte günstig importiert, liegen Schweizer Wiesen und Schweizer Potential brach. Darum brauchts viel Dung für Bildung und ein grosses Herz für Milchkühe! Den Mist für Bauern und Bildung führ ich gern. Wenns sein soll, bis nach Bern!

Colette Basler, 41, Zeihen, Oberstufenlehrerin, Bäuerin, Schulpflegepräsidentin, alv, Bauernverband, Holsteinzuchtverband, Schweizer Milchproduzenten SMP, Bäuerliche Interessengruppe für Marktkampf BIG-M, KAIB, WWF, Greenpeace, Spitex, REGA, Paraplegiker-Stiftung, Amnesty International.



GABI LAUPER RICHNER

«Dichtestress» – Unwort des Jahres 2014

67 Prozent der Aargauer_innen sagten Ja zum revidierten Raumplanungsgesetz, also Ja zu Verdichtung statt Ausdehnung des Baugebietes. Nun geht es an die Umsetzung. Als Gemeinderätin und Vorsitzende der Regionalplanung Lebensraum Lenzburg Seetal befasse ich mich intensiv mit diesem Thema. Eine höhere Bevölkerungsdichte bedeutet für viele Gemeinden starke Veränderungen, Mehrfamilien- statt Einfamilienhäuser. Bereits heute sind Ortsdurchfahrten bewohnerfeindlich, bleiben Pendler_innen im Stau stecken oder nutzen Schleichwege – also Dichtestress?

Meines Erachtens hat Dichtestress eher mit unserem hektischen Alltag und mit der Art unserer Bebauung zu tun. Neue Einfamilienhäuser stehen auf 450 m² Land. Palisaden schützen unsere Privatsphäre. Wir kapseln uns immer mehr ein. Das Gegenrezept heisst Lebensqualität schaffen, also Wohnformen, die trotz höherer Dichte Privatsphäre gewähren, aber auch Freiräume für Begegnungen und Erholung. Darum setze ich mich für attraktive Gemeinden mit sozialer Verantwortung ein, für rücksichtsvolle Mobilität und für vielfältige, naturnahe Landschaften. Um dies zu erreichen, brauchen wir eine starke SP-Vertretung.

Gabi Lauper Richner, 49, Niederlenz, Raumplanerin NDS HTL, FSU, KLAS – Kultur Landschaft Aare Seetal, Naturschutzstiftung Schümel, VCS, EvB, SES, Jugendtreff Niederlenz, Genossenschaft RTB Naturstrom, Gemeinderätin, Vorsitz Regionalplanung Lebensraum Lenzburg Seetal.



TOBIAS LEUTHARD

SP stärken: Sektionen und konkrete Projekte fördern

Es ist eine Binsenwahrheit: Wir leben in einer zunehmend individualisierten, pluralistischen Gesellschaft, in der Parteien insgesamt an Relevanz verlieren. Stimmbürger/innen entscheiden heute weniger nach einem Parteibuch als vielmehr situativ. Will die SP ihre Position in dieser Gesellschaft stärken, sind aus meiner Sicht folgende Dinge zu tun:

- Sektionen in Gemeinden und Agglomerationen sind zu fördern und die Anliegen dort wohnhafter Bevölkerungsgruppen aufzunehmen, um das Elektorat der SP breiter abzustützen.

- Initiativen sind zwar medial attraktiv, aber ressourcen- und für die SP niederlagenintensiv; vermehrt sollten wir unsere Energien für konkrete, lokal wie regional verankerte Projekte wie Wohnbaugenossenschaften, familienergänzende Tagesstrukturen oder Asylnetzwerke investieren.

- Um uns wichtige Werte wie Gemeinschaft und Solidarität zu fördern und unsere demokratischen Strukturen im Sinne einer Politik für ALLE zu stärken, braucht es eine Erweiterung des Integrationsbegriffs, der nicht nur Ausländer/innen, sondern auch weitere marginalisierte Bevölkerungskreise mit einschliesst sowie zusätzliche Partizipationsgefässe wie Räte für Senior/innen, Junge oder Ausländer/innen.

Tobias Leuthard, 48, Evaluator PH FHNW, Gemeinderat Küttigen, Vorstandsmitglied SP Küttigen-Rombach.

**ALESSANDRA MANZELLI**

Vertrauen in die Politik

Die Wahlbeteiligung der Stimmberechtigten zwischen 20 und 34 Jahren bei den letzten Grossratswahlen betrug keine 20 Prozent. Ich finde es alarmierend, dass sich eine Altersgruppe so wenig für Politik interessiert. Doch auch allgemein sieht es bei der Wahlbeteiligung nicht besser aus. Schuld daran sind fehlendes Interesse und Vertrauen. Wenn ich beim Unterschriften Sammeln die Leute auf der Strasse anspreche, dann sind viele erstaunt über meine Motivation, meinen Optimismus und mein Engagement. Viel zu oft habe ich den Satz «Die z'Bärn obe mache sowieso, was sie wänd» gehört. Heraus kommen erschreckende Abstimmungsergebnisse wie bei der Masseneinwanderungs-Initiative. Die Schweizerinnen und Schweizer müssen sich wieder bewusst werden, dass wir von der direktesten Demokratie der Welt profitieren könnten, wenn wir unsere Rechte und Pflichten wahrnehmen würden. Eines meiner Anliegen ist daher eine umfassende Bildung über unser politisches System und erste Kontakte mit verschiedenen Politiker_innen während der obligatorischen Schulzeit. Zudem sollen die Menschen das Vertrauen in die Politik zurückgewinnen. Um dies zu erreichen, setze ich mich für vollkommene Transparenz in der Politik ein.

Alessandra Manzelli, 19, Brugg, Studentin, Sekretärin/Vorstandsmitglied JUSO AG, Vorstandsmitglied Jugendparlament Aargau, KAIB, Einwohnerrätin.

**CLAUDIA MAUCHLE**

Jugend für mehr Gerechtigkeit auf der Welt!

Ich kann mich noch gut daran erinnern, dass ich als Mädchen meiner Mutter sagte, man könne doch einfach mehr Geld drucken und es dann denen verteilen, die zu wenig haben. Heute weiss ich, dass das nicht ganz so einfach ist. Trotzdem beschäftigt mich das Thema immer noch: Wie kann man für mehr Gerechtigkeit auf dieser Welt sorgen?

Als ich mich für Politik zu interessieren begann, merkte ich schnell, wo meine politische Heimat sein würde. Die JUSO und SP setzen sich unter anderem genau mit dieser Frage auseinander. Manchmal wünschte ich mir, das Thema Gerechtigkeit wäre mal nicht aktuell: In einer Zeit, in der es weltweit viele Unruhen gibt und sich die Schere zwischen Arm und Reich immer mehr öffnet, ist eine starke linke Politik aber unabdingbar!

Ich kandidiere für den Nationalrat, weil ich die Jugend darauf aufmerksam machen möchte, dass viele Ungerechtigkeiten in ihrem Alltag politisch bedingt sind: so, wenn ihnen der Instrumentalunterricht weggespart wird oder sie einen tiefen Lohn haben. Es besteht die Möglichkeit, in der Politik mitzureden und sich zu wehren. Auch die Jugend muss am 18. Oktober ihre Stimme abgeben!

Claudia Mauchle, 21, Unterkulm, Fachfrau Betreuung Kinder, VPOD, JUSO, VCS, amnesty international, Vizepräsidentin SP Bezirk Kulm, Vorstandsmitglied JUSO Aargau, Vorstandsmitglied Aargauischer Gewerkschaftsbund AGB.

**ARSÈNE PERROUD**

Für mehr sozialdemokratische Lösungen

Als Gemeinderat mit dem Ressort Bevölkerungsschutz liegt mir die Sicherheit der Bevölkerung am Herzen, und es treiben mich Fragen der regionalen Entwicklung und des öffentlichen Verkehrs um. Als Bürger möchte ich in einer Gesellschaft leben, in der Vielfalt und Kultur leben und die fähig ist, mit Herausforderungen umzugehen. Und als Vater beschäftigt mich, dass die Bildungschancen ständig verschlechtert werden, die Anforderungen an Kinder und Jugendliche laufend steigen und die Schwächeren den Anschluss verpassen.

Die eigene Betroffenheit und die Überzeugung, dass nur sozialdemokratische Politik für die breite Bevölkerung eintritt, ist meine Motivation, bei den Nationalratswahlen zu kandidieren. Sozialdemokratische Lösungen braucht das Land. Lösungen, welche die Bedürfnisse aller Schichten berücksichtigen. Sozialdemokratische Lösungen, die gerecht, ausgewogen und zukunftsgerichtet sind, müssen einseitigen Privilegien vorgezogen werden. Dafür stehe ich ein.

Arsène Perroud, 37, Wohlen, Soziokultureller Animator FH, Geschäftsführer, VPOD, avenir social, Gemeinderat, Mitglied KKJA (Kommission für Kinder- und Jugendfragen Aargau).

KOMMENTAR



Gemeinsam packen wir's!

In den letzten Monaten war ich in unserem Kanton unterwegs und lernte viele engagierte Genossinnen und Genossen kennen. In allen Bezirken haben wir kompetente Frauen und Männer mit politischem und fachlichem Know-how. 16 davon nominierten wir am 10. Januar in Boswil für die Nationalratsliste. Es ist mir eine grosse Freude, eine Liste mit neun Frauen und sieben Männern präsentieren zu können, die zeigt, dass die SP Aargau eine starke Volkspartei mit einem grossen Spektrum ist. Und unsere Ständeratskandidatin Pascale Bruderer rundet das Ganze wunderbar ab. Cédric, Yvonne, Max, Martin, Viviane, Jürg, Colette, Gabi, Tobias, Alessandra, Claudia, Arsène, Andrea, Claudia, Sacha, Gabriela und Pascale: Vielen Dank für Euren Einsatz in den nächsten Monaten! Wir alle, Eure Sektionen und Bezirke, Eure persönlichen Wahlkomitees und die Kantonalpartei, werden euch kräftig unterstützen. Mit vielen guten Ideen und Elan werden wir die bevorstehenden Aufgaben gemeinsam anpacken. «Wir bringen die Schweiz voran», so stand es 2011 auf unserer Wahlcouvertbeilage. Die grosse Mehrheit der Bevölkerung ist nur durch die linken Parteien vertreten. Ohne SP gäbe es keine AHV, keine Mutterschaftsversicherung, keine Gesamtarbeitsverträge und kein Frauenstimmrecht. Holen wir also diese Bevölkerungsmehrheit durch eine starke Präsenz auf der Strasse, in den Medien und an Veranstaltungen ab! Es wird ein strenges Jahr. Aber miteinander, und davon bin ich überzeugt, verhelfen wir der SP im Aargau zu einem starken Auftritt.

Elisabeth Burgener von Gipf-Oberfrick ist Grossrätin und Co-Präsidentin der SP Kanton Aargau.

Die Sozialdemokratische Partei des Kantons Aargau gratuliert ihrem Regierungsrat Urs Hofmann zur erneuten Wahl zum Aargauer Landammann 2015 und wünscht ihm ein erfolgreiches Amtsjahr!



ANDREA REY

Bildung und Rechte der Arbeitnehmenden

Als Lehrperson für Textiles Werken und Sekretärin des alv stehe ich dem Thema Bildung sehr nahe. Für mich ist es unverständlich, dass immer wieder bei der Bildung gespart und dabei vergessen wird, dass unsere Kinder unsere Zukunft sind. Die Sparmassnahmen erschweren die individuelle Förderung. Die Aufgabe der Schule beschränkt sich nicht nur auf die Vermittlung von Kenntnissen und Fertigkeiten. In der Schule findet die zentrale Weichenstellung für die spätere Berufslaufbahn statt. Der erreichte Bildungsabschluss ist kein Garant für eine bestimmte berufliche Position, ist aber die Voraussetzung für den Eintritt ins Erwerbsleben.

Als Geschäftsstellenleiterin der VAA liegen mir auch die Rechte der Arbeitnehmenden am Herzen. Ich setze mich für gute Arbeitsbedingungen, faire Löhne, Vereinbarkeit von Familie und Beruf und eine vertretbare Sozialpolitik ein. Arbeitnehmende mit einem Vollzeitjob sollen von ihrem Lohn menschenwürdig leben können. Wer sein Leben lang gearbeitet hat, verdient eine sichere Altersvorsorge.

Ich freue mich sehr auf einen spannenden Wahlkampf. Für meine Anliegen werde ich mich mit Herzblut einsetzen, und ich freue mich, die Werte der SP zu vertreten.

Andrea Rey, 44, Buttwil, Lehrerin für Textiles Werken, Sekretärin alv, Geschäftsstellenleiterin Vereinigung Aargauischer Angestelltenverbände VAA, alv, Vorstand Integration Aargau AIA, Präsidentin SP Bezirk Muri.



CLAUDIA ROHRER

Mehr Demokratie wagen

Wie Willy Brandt sagte, will ich «mehr Demokratie wagen». In dieser Zeit, in der Terroristen Karikaturisten gezielt ermorden und Andersdenkende auszurotten versuchen, ist es wichtig, die demokratischen Grundrechte der Freiheit zu stärken. Die Rede- und Meinungsäusserungsfreiheit gilt generell, und sie gilt vor allem für die Andersdenkenden (Rosa Luxemburg). Karikaturen können verletzen. Jeder, der sich davon betroffen fühlt, darf dies mitteilen und dem Sender entsprechend antworten. Aber nichts – keine Karikatur und keine Meinung – gibt ihm oder ihr das Recht, zu töten.

Wir dürfen die Verantwortung für die Demokratie nicht allein an den Staat, die Politikerinnen und Politiker delegieren. Als Kandidatin für den Nationalrat kann und werde ich mich in diesem Wahlkampf mit anderen Menschen austauschen, sie nach ihren Meinungen fragen und meine Meinung äussern. Es ist mein Ziel, in meinem persönlichen und regionalen Umfeld die politische Diskussion anzuregen. Ich kann nicht zeichnen, aber ich kann mit Worten Meinungen vertreten. Ich will nicht nur provozieren, ich will die politische Diskussion weiterbringen.

Claudia Rohrer, 47, Rheinfelden, Rechtsanwältin und Mediatorin, Präsidentin SP Rheinfelden, Vorstand SRK AG, Vorstand Wohnbaugenossenschaft Zähringer Rheinfelden, VPOD.

**SACHA SCHENKER**

Für eine weltoffene Schweiz

Minarettinitiative, Ausschaffungsinitiative, Masseneinwanderungsinitiative ... die Schweiz hat sich in den vergangenen Jahren den Ruf eines fremdenfeindlichen, undankbaren und von Wutbürgern geleiteten Landes eingebrockt. Der 9. Februar 2014 bildet dabei vorläufig den traurigen Höhepunkt. 50,3 Prozent unserer Mitbürger/innen sind den Rattenfängern vom rechten Rand auf den Leim gekrochen, haben «ein Zeichen gesetzt» und reiben sich nun ob den Problemen mit unserem wichtigsten Handelspartner, der EU, verwundert die Augen. Dass wir heute – 70 Jahre nach Ende des zweiten Weltkriegs – wegen solchen Rattenfängern ernsthaft darüber debattieren müssen, ob der Vorrang der Menschenrechte etwas Sinnvolles ist, macht mich schlichtweg sprachlos. Meine Message im kommenden Wahlkampf ist klar: Die Schweiz der SVP ist nicht meine Schweiz! Ich stehe für eine weltoffene, nach vorne blickende und tolerante Schweiz ein – und dies seit meinem SP-Beitritt vor genau 10 Jahren!

Mein weiterer Schwerpunkt liegt in der Forderung nach mehr Demokratie in der Atomendlagersuche und in meinem unermüdeten Kampf gegen den sich abzeichnenden voreiligen Entscheid zu Lasten des Aargaus.

Sacha Schenker, 27, Bözberg, Politologe, Fachreferent im Staatssekretariat für Migration SEM, VPOD, Vorstandsmitglied KAIB, Co-Präsident SP Bezirk Brugg.

**GABRIELA SUTER**

Mit Chancengleichheit und Solidarität in eine nachhaltige Zukunft

Mein Antrieb, Politik zu machen, ist der Wunsch nach mehr Gerechtigkeit. Ich kämpfe dafür, dass alle die gleichen Chancen bekommen, ihr Leben gemäss ihren Fähigkeiten und ihrem Talent selbst zu bestimmen. Damit soziale Herkunft, Geschlecht, Nationalität oder Alter den beruflichen Werdegang nicht beeinträchtigen, muss der Staat Rahmenbedingungen schaffen: Es braucht Frühförderung, ein starkes öffentliches Bildungssystem mit bezahlbaren Weiterbildungsmöglichkeiten, erschwingliche Tagesstrukturen, Teilzeitstellen für Frauen und Männer, faire Löhne und einen ausgebauten Arbeitnehmer_innenschutz.

Unsere Gesellschaft muss solidarisch sein und bleiben. Es braucht einen starken Sozial- und Rechtsstaat, um Bedürftige zu unterstützen und die Schwächeren in der Gesellschaft zu schützen. Als eines der reichsten Länder der Welt trägt die Schweiz Verantwortung und muss sich einsetzen für Menschenrechte. Bei der Energiewende und beim nachhaltigen Umgang mit Ressourcen muss sie eine Vorbildfunktion einnehmen.

Gerechtigkeit, Solidarität, Nachhaltigkeit: Für diese Werte werde ich mich im Wahlkampf mit aller Kraft einsetzen. Nur mit einer starken SP können diese Anliegen umgesetzt werden!

Gabriela Suter, 42, Aarau, lic. phil. I, Historikerin, Gymnasiallehrerin, VPOD, AMV, WWF, NWA, SSES, VCS, amnesty international, Greenpeace, Helvetas, Einwohnerrätin, Mitglied Geschäftsleitung SP Kanton Aargau.

Bilder: David Zehnder



KOMMENTAR

Energie- statt Mehrwertsteuer Gut gemeint, aber schlecht umgesetzt

Das Anliegen der Volksinitiative «Energie- statt Mehrwertsteuer» klingt auf den ersten Blick sympathisch. Bei genauerer Betrachtung fällt die Initiative aber durch. Denn die Grünliberale Partei (GLP) verlangt mit der Volksinitiative, die Mehrwertsteuer durch eine Steuer auf nicht erneuerbare Energieträger vollständig zu ersetzen. Die SP ist mit der GLP einig, dass die Verteuerung nicht erneuerbarer Energien steuernd wirken kann.

Doch die GLP-Initiative hat einen fatalen Konstruktionsfehler: Sie macht die Staatsfinanzen ausgerechnet vom Verbrauch nicht erneuerbarer Energien abhängig. Wenn wir die Mehrwertsteuer durch Energiesteuern ersetzen, werden rund ein Drittel der Steuereinnahmen an den Konsum umweltschädlicher Energiequellen gebunden. Das heisst: Sobald sich die Menschen wie gewünscht verhielten und sich eine nachhaltigere Energieversorgung einstellte, würden AHV und IV leiden, weil unser Staatsbudget massiv zusammenschrumpfen würde.

Für die SP ist stattdessen nur eine Lenkungsabgabe ein gangbarer Weg, die dann an die Bevölkerung und die Wirtschaft zurückgegeben wird. Leider fand ein entsprechender von der SP unterstützter Gegenvorschlag im Rat keine Mehrheit. Auch der Schweizerische Gewerkschaftsbund SGB lehnt die nun zur Abstimmung anstehende grünliberale Initiative ab, weil sie Haushalte mit niedrigen Einkommen überproportional belasten und die Finanzen von Bund und AHV gefährden würde. Also Nein zu dieser Initiative! Sie ist zwar gut gemeint, aber schlecht umgesetzt.

Max Chopard-Acklin von Nussbaumen ist SP-Nationalrat.

AM 8. MÄRZ STIMMEN WIR ÜBER DIE SOGENANNT «LEISTUNGSANALYSE» AB – DIE NIE EINE ANALYSE WAR. DENN VON ANFANG AN BESTAND DIE ABSICHT, AUSGABEN EINZUSPAREN UND DAZU LEISTUNGEN ABZUBAUEN.

Nein zum Abbaupaket!

Der Aargau verpasst sich ein fatales Abbaupaket von bis zu 120 Millionen Franken jährlich. Dies, obwohl gleichzeitig Steuern gesenkt werden – oder gerade deshalb: Wiederholt hat man in den letzten Jahren Gutverdienenden und Unternehmen Steuergeschenke gemacht. Jetzt hat der Kanton kein Geld mehr für die wichtigen Leistungen. Darunter leiden wir alle, und einmal mehr die, die sich am wenigsten wehren können. Massiv trifft der Kahlschlag die Schule. Getroffen werden auch Familien durch weniger Krankenkassenprämien-Verbilligung und die ältere Generation durch gekürzte AHV-Ergänzungsleistungen. Auch die Umwelt und die Kultur kommen wieder einmal unter die Räder.

Zukunft und Sicherheit riskiert

Der Grosse Rat hat die gegen 200 Sparmassnahmen im November beschlossen, die meisten davon im Rahmen des nicht referendumfähigen Budgets. Immerhin konnte die SP die schlimmsten Auswüchse im Bildungsbereich etwas eindämmen. Für einen (kleineren) Teil der Massnahmen muss ein Gesetz geändert werden, darüber stimmen wir am 8. März ab: über die Abschaffung des Berufswahljahrs, die Einführung von Elternbeiträgen für den Musikunterricht, die Kürzung des Naturschutzprogramms Wald und von Energieprojekten oder die Erhebung höherer Gemeindebeiträge im Wasserbau. Das Prinzip ist immer das selbe: Leistungen werden abgebaut, Kosten auf Gemeinden abge-

wälzt und Gebühren erhöht. Damit riskiert der Kanton die Zukunft unserer Jugendlichen, unsere Sicherheit, unsere Lebensqualität. Und wir bluten für die Steuergeschenke an Reiche.

Zeichen setzen gegen zynische Finanzpolitik

Aufgrund des Behördenreferendums* können wir uns am 8. März gegen einen Teil der Abbaumassnahmen wehren. Es geht aber auch darum, ein Zeichen zu setzen: Wir sind gegen Sparpakete, bei denen nicht mehr über die Leistung, sondern nur noch über deren Preis diskutiert wird («was kostet, wird gestrichen»). Wir sind dagegen, dass man Interessengruppen gegeneinander ausspielt («wenn ihr nicht spart, müssen andere»). Wir sind gegen eine derart zynische Finanzpolitik – gegen eine ideologisch getriebene Umverteilung von unten nach oben. Wir sind gegen diese Machtdemonstration der Bürgerlichen, die in ihrem neoliberalen Wahn den Bezug zur Realität verloren haben. Wir setzen uns für eine Finanzpolitik im Aargau ein, bei der die Bevölkerung nicht vergessen geht!

Weiteres zur anstehenden Referendumsabstimmung am 8. März 2015 unter www.aargaufueralle.ch.

* Gesetze kommen nur vors Volk, wenn nach der Beratung im Grossen Rat mit mindestens 35 Stimmen das Behördenreferendum ergriffen oder wenn innert Frist (90 Tage ab Publikation) ein Referendum mit 3000 Unterschriften eingereicht wird.



Dieter Egli von Windisch ist Co-Präsident der SP-Grossratsfraktion und Mitglied der Geschäftsleitung der SP Kanton Aargau.

Der Kanton hat kein Geld mehr für die wichtigen Leistungen.

AGENDA

- 3. Februar, **Wahlkoordinator_innen Treffen Nationalratswahlen**, 19 Uhr im Volkshaus Aarau, Bachstrasse 43
- 17. Februar, 3. und 24. März **Geschäftsleitungssitzung der SP Aargau**, 18 Uhr im Volkshaus Aarau, Bachstrasse 43
- 7. März, **Frauendemo auf dem Bundesplatz in Bern**
- 10. März, **Parteirat**, 19 Uhr, Restaurant Rathausgarten, Aarau
- 17. März, **Ao. Parteitag der SP Aargau**, 19.30–21 Uhr, Restaurant Rathausgarten, Aarau
- 28. März, **Kommunaltagung der SP Aargau** zum Thema Energiestrategie, 10–13 Uhr, Grossratsgebäude Aarau

IMPRESSUM

SP Aargau, Bachstrasse 43, Postfach, 5001 Aarau
 Telefon 062 834 94 74
 Fax 062 834 94 75
sekretariat@sp-aargau.ch
www.sp-aargau.ch
 Erscheint 9 Mal pro Jahr
 Auflage links.ag 3255
 Redaktion: Katharina Kerr
katkerr@katkerr.ch
 Redaktionsschluss für diese Ausgabe 12. Januar 2015
 Redaktionsschluss nächste Ausgabe 16. Februar 2015
 Erscheinen nächste Ausgabe 5. März 2015

An dieser Nummer haben mitgearbeitet: Colette Basler, Pascale Bruderer Wyss, Elisabeth Burgener, Max Chopard-Acklin, Yvonne Feri, Urs Hofmann, Viviane Hösli, Katharina Kerr, Martin Killias, Jürg Knuchel, Gabi Lauper Richner, Tobias Leuthard, Alessandra Manzelli, Claudia Mauchle, Arsène Perroud, Andrea Rey, Claudia Rohrer, Sacha Schenker, Gabriela Suter, Cédric Wermuth, David Zehnder (Fotos S. 9–15).

Beschluss der Nationalbank zur Aufhebung der Frankenbindung an den Euro

Der Beschluss der Schweizerischen Nationalbank vom 15. Januar 2015 bringt Verluste für Sparer_innen, Pensionskassen, die Schweizer Wirtschaft und damit für die ganze Bevölkerung. Befürchtet werden ein Abbau von Arbeitsplätzen und Löhnen. Das bedeutet neue Aufgaben für uns: Politik und Gewerkschaften sind speziell gefordert. links.ag wird in der Februar-Nummer darauf eingehen.

PAROLEN für die Abstimmungen vom 8. März 2015

Eidgenössische Vorlagen:

- Volksinitiative vom 5. November 2012 «Familien stärken! Steuerfreie Kinder- und Ausbildungszulagen»: **Nein**
- Volksinitiative vom 17. Dezember 2012 «Energie- statt Mehrwertsteuer»: **Nein**

Kantonale Vorlagen:

- Gesetz über die **Umsetzung der Leistungsanalyse** vom 25. November 2014: **Nein**
- Aargauische Volksinitiative «zum Schutz von Menschen, Tieren und Umwelt vor privaten Feuerwerken» vom 30. Oktober 2012: **Stimmfreigabe**